

CAP - Online-Umfrage

„Neue Wohnformen über Generationen hinweg“.

Erste Ergebnisse, Trends, Einschätzungen

Redebeitrag beim
„Fachtag für generationsübergreifende Wohnprojekte und Programme
der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen“
in Aachen, am 25. Oktober 2006

Eva Feldmann-Wojtachnia M.A.
Forschungsgruppe Jugend und Europa am C•A•P
Prinzregentenstr. 7
80538 München
www.fgje.de

1. Einleitung

Von Anfang September bis Mitte Oktober 2006 hat die Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung in München im Auftrag des Projektbüros „Dialog der Generationen“ in Berlin erstmals eine Online-Umfrage zu „Neuen Wohnformen über Generationen hinweg“ durchgeführt. Ziel war es, herauszufinden, inwieweit das Thema in der Internetöffentlichkeit wahrgenommen und bewertet wird.

1.1 Das Thema „Neue Wohnformen“ – mehr als eine Modeerscheinung

Denn immer mehr Menschen suchen in der heutigen Zeit, einer Zeit des Umbruchs von traditionellen und familiären Bindungen, nach neuen Wegen des Zusammenlebens und einem alternativen Wohnkonzept. Dies betrifft besonders die Wohnformen für ältere Menschen wie beispielsweise Mehrgenerationenhäuser, Gruppenwohnungen oder innovative Formen des betreuten Wohnens. Aber auch junge Menschen und die mittlere Generation stehen der Idee von alternativen Wohnformen offen gegenüber. Denn ein Mehrwert erscheint hier offensichtlich: Es geht dabei nicht nur um die Versorgung im Alter, sondern auch um die Suche nach neuen Gemeinschaftsformen in der Gesellschaft und um ein neues Miteinander der Generationen. Nicht nur zivilgesellschaftliche Initiativen, sondern auch viele Kommunen setzen sich mit dieser Entwicklung aktiv auseinander und haben entsprechende Zeichen für die Wohnpolitik gesetzt. Erste Modellprojekte sind beispielsweise in den Städten Aachen und Arnberg erfolgsversprechend angestoßen worden.

1.2 Hohes Kommunikationsbedürfnis der Teilnehmenden an der Umfrage

Die Umfrage ist bei den Teilnehmenden auf eine sehr intensive und konstruktive Resonanz gestoßen. Es zeigt sich an den 120 der hier ausgewerteten Rückmeldungen, dass es einzelne, sehr verschiedene Menschen sind, die sich zwar bundesweit und über alle Altersgruppen hinweg, jedoch eher punktuell mit dem Thema auseinandersetzen. Interessant ist auch, die Umfrage, die als anonyme Online Befragung konzipiert war, ein hohes Kommunikationsbedürfnis bei den Teilnehmenden geweckt hat. Eine Großzahl der Befragten, hat die Spalte für „Weitere Bemerkungen“ intensiv genutzt, viele Personen haben aber auch nochmals einen direkten oder Email-Kontakt zur Forschungsgruppe Jugend und Europa gesucht.

1.3 Frageinteresse

Folgende Zitate aus der Umfrage spiegeln die große Bandbreite des Interesses und die weitgefächerten Zugangsmöglichkeiten zu dem Thema „Alternative Wohnformen“ gut wieder:

„Statt Altersheime und Kindergärten räumlich zu trennen, sollte beides miteinander kombiniert werden. Es gibt durchaus praktische Beispiele, dass so etwas bei richtiger Organisation funktioniert!“

„Als Projektinitiator ist man trotz aller Informationsflut vor Ort doch einsam und mit Durchhaltewillen überfordert.“

„Dieser Themenkomplex hat mich bisher persönlich noch nicht berührt. Weder habe ich davon in der öffentlichen Diskussion gehört, noch hatte ich privat dazu Anlass, darüber nachzudenken. Ich halte das aber für ein interessantes Projekt und werde mich darüber schlau machen.“

„Ehrenamtliches Engagement ist in allen Bereichen immer sehr hilfreich: in der Planung, aber auch nachher bei der Gestaltung, weil viele Menschen mit verschiedenen Erfahrungen freiwillig (!) zusammenkommen und mitarbeiten.“

„Die Gemeinden und Städte sollten sich nicht nur mehr einsetzen, sondern auch mehr Mittel zur Verfügung stellen!“

Im Weiteren werden die in den Zitaten angerissenen Stichpunkte aufgegriffen und unter folgendenden Gesichtspunkten diskutiert, wobei:

- ⇒ die Frage nach der Vernetzung der Akteure
- ⇒ die Frage nach der Optimierung der kommunalen Rahmenbedingen
- ⇒ die Frage nach den Informationsquellen und der Verankerung des Themas in der öffentlichen Diskussion und
- ⇒ die Frage nach der Einbindung und Förderung von ehrenamtlichem Engagement, besonders über Generationsgrenzen hinweg

im Mittelpunkt der Auswertung stehen.

2. Gesellschaftspolitischer Hintergrund: Der demographische Wandel

Eine Gesellschaft, die der Leitidee des Engagements, der Beteiligung und Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger verpflichtet ist, baut prinzipiell auf Menschen, die zu Freiwilligkeit und ehrenamtlichen Initiativen bereit sind. Gleichzeitig hat sie aber auch die kommunale und staatliche Verpflichtung, die Möglichkeiten zu solcher Eigeninitiative, Mitgestaltung, Verantwortungsübernahme und Beteiligung zu eröffnen, zu fördern und die entsprechenden Rahmenbedingungen bereit zu stellen.

2.1 Alternative Wohnprojekte als Schnittstelle

In Deutschland gibt es die unterschiedlichsten Möglichkeiten und Formen zivilgesellschaftlichen Engagements. Eine besondere Form stellt hier sicherlich der Bereich des alternativen Wohnens dar. Zum einen deshalb, weil er Schnittstelle für die unterschiedlichsten Politikbereiche ist – hier treffen Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik (um nur die wichtigsten Bereiche herauszugreifen) auf kommunale, aktuelle Fragen einer zukunftsorientierten Raum- und Städteplanung anzuwenden hat. Zum anderen deshalb, weil der Bereich

des alternativen Wohnens in der Lage sein muss, auf die Herausforderungen des demographischen Wandels eine konstruktive Antwort zu geben. Hierbei kommt den generationenübergreifenden Freiwilligendiensten meines Erachtens eine herausragende Rolle zu: sowohl als Träger und wie auch als Ideengeber und Initiator.

2.2 Schlüsselfaktor Partizipation

Der rapide Rückgang der Jugend verlangt von unserer Gesellschaft jedoch auch, die Potentiale der älteren Generation verstärkt zu nutzen und auf diese neuen Lebensbedingungen abzustimmen. Neben der Frage von Wohlfahrt und Versorgung sind alternative Wohnprojekte und Lebensformen wichtig, um das Wissen, die Kompetenzen und Fähigkeiten der Älteren einzubinden, ihnen aber auch gleichzeitig ein „schützendes Dach“ zu geben – eine große Herausforderung und tiefgehende Querschnittsaufgabe für die Senioren-, aber auch Jugend- und Familienpolitik. Vor dem Hintergrund der Arbeitsbereiche der Forschungsgruppe Jugend und Europa am CAP möchte ich an dieser Stelle unterstreichen, dass sich die Frage im Kern auf die Frage der Partizipation in unserer Gesellschaft hinausläuft. Der demographische Wandel führt hier zu einer ganz besonderen Herausforderung. Denn die ungleich viel weniger jungen Menschen müssen ungleich viel mehr dazu motiviert werden, sich über das eigene Privatinteresse hinaus für die Probleme der Gesellschaft zu interessieren und bei der Lösung engagiert mitzuwirken. Dazu ist es unerlässlich, den Blick gezielt auf die Rahmenbedingungen und Förderinstrumente für nachhaltige und generationsübergreifende Mitwirkungsstrukturen zu richten, ohne die eine neue Partizipationskultur keine tragfähige Basis hätte.

2.3 Platzierung der online Umfrage in der öffentlichen Wahrnehmung

Doch ist ein solches Grundverständnis über Fachkreise, bürgerschaftliche Initiativen und einzelne engagierte Politikerinnen und Politiker hinaus tatsächlich in der Öffentlichkeit angekommen? Wie wird das Thema im konkreten Einzelfall im Kontext „alternativer, gemeinsamer Wohnformen von Jung und Alt“ in der Gesellschaft wahrgenommen? Wie bekannt sind solche Wohnprojekte? Welcher Verbesserungsbedarf wird gesehen und wo sollten Optimierungsstrategien ansetzen?

Diesen Fragen versucht die online Umfrage auf den Grund zu gehen und untersucht dabei folgende inhaltliche Bereiche:

1. die Kenntnis und Einschätzung von alternativen Wohnprojekten
2. den Zugang zu Informationen
3. die Benennung von relevanten Akteuren und möglichen Anlaufstellen
4. die Bewertung der Förderpolitik.

Meine Analyse beleuchtet diese Daten, um anschließend generelle Trends zu abzuleiten, einige übergeordnete Schlussfolgerungen zu ziehen und zu versuchen, den weiteren Handlungsbedarf für Politik, Gesellschaft und die Medien zu formulieren.

3. Umfrageergebnisse

Die Erhebung verlief über verschiedene Internetportale und Email-Verteiler des CAP und des Projektbüros. Dies hatte zur Folge, dass die Erhebung als eher stichpunktartig einzustufen ist, wenn auch der Rücklauf im Hinblick auf Alter, Geschlecht und die geographische Verteilung einen durchaus repräsentativen Charakter aufweist.

Die online Umfrage lässt sich also als zufällige, wenn auch zielgerichtete Stichprobenerhebung mit gleichzeitig repräsentativem, wie auch qualitativem Charakter bezeichnen. Denn es wurden vornehmlich diejenigen erreicht, die sich auf den entsprechenden Websites von dem Thema angesprochen fühlten, also eine Sub-Gruppe von aufgeschlossenen und grundsätzlich Interessierten. So passt es ins Bild, dass die überwiegende Zahl der Probanden angibt, zusätzlich ein ehrenamtliches oder privates Engagement übernommen zu haben.

Als Grundcharakteristik lässt sich über die Teilnehmenden auch im Hinblick auf alternatives Wohnen **„Grundsätzlich interessiert, zum Engagement generell bereit, aber nicht ausreichend informiert“**. Dieses Fazit bestätigt sich vielfältig, lässt sich aus der Frage nach der persönlichen Seite des Wohnens (Können Sie sich persönlich vorstellen, in einem generationsübergreifenden Wohnprojekt zu leben?) auf den Punkt bringen: Die meisten Personen stehen offenbar generell aufgeschlossenen neuen Wohnformen gegenüber und könnten sich mindestens eine Zeit lang eine andere Form vorstellen, wünschen sich jedoch mehr Informationen.

3.1 Altersverteilung

Den größten Zuspruch findet die Umfrage offenbar in der Mitte der Gesellschaft, was das Alter betrifft: in den Altersgruppen von 26-35 und von 35-50 Jahren. Die vorausgehende Generation der jungen Erwachsenen von 20-25 Jahren und die Aufmerksamkeit von Menschen über 50 Jahre und Senioren halten sich ungefähr die Waage, liegen aber in der Beteiligung an der Umfrage hinter der mittleren Generation zurück.

Dies könnte mit Blick auf die Gruppe der Älteren zum einen darauf zurück zu führen zu sein, dass es sich um eine online Umfrage handelt, die einen selbstverständlichen Umgang mit dem Computer voraussetzt. Diese Erklärung scheint mir jedoch nicht vollkommen zuzutreffen, besonders da die letzte Altersgruppe sehr weit gefasst ist und bei 50 Jahren beginnt. Wahrscheinlicher ist es, dass das Thema „Alternatives Wohnen“ offenbar die mittlere Generation in der Tat als eine generell aufgeschlossene, interessierte, aber noch nicht ausreichend informierte Gruppe anzusprechen scheint, wohingegen die ältere Generation noch nicht oder nicht mehr bereit zu sein scheint, dieses Thema „offensiv“ anzugehen. Für weitere Untersuchungen wäre es sicherlich interessant, die psychologischen und sozialen Hintergründe hierfür genauer zu erforschen.

3.2 Geschlechterverteilung

Es überwiegt die Anzahl der weiblichen gegenüber der Anzahl der männlichen Teilnehmer leicht. Allerdings ist diese Differenz nicht wirklich groß genug, um signifikant zu sein, so dass die Reaktion auf die Umfrage im Hinblick auf die Geschlechterverteilung recht ausgewogen ist.

3.3 Geographische Verortung

Über den abgefragten Postleitzahlschlüssel erschließt sich ein guter Überblick über die geographische Verteilung der Antworten. Berlin-Brandenburg, Niedersachsen, NRW und Hessen liegen etwas weiter vorne als andere Länder. Der Münchner Raum fällt durch eine etwas größere Beteiligung auf. Dies geht vermutlich auf den Wirkungskreis des CAP zurück, sowie die etwas größere Verteilung der o.g. Länder sicherlich auch mit der Tagung, dem Projektinitiator in Berlin und seinen Netzwerken und Kontakten zu tun hat. Aber im Prinzip zeigt sich auch hier zeigt ein recht ausgewogenes Bild: alte und neue Bundesländer und nördliche und südliche Regionen sind gleichermaßen vertreten.

3.4 Einschätzung der Wichtigkeit des Themas

Knapp die Hälfte der Antwortenden ist der Meinung, dass es sich bei der Frage nach „alternativen, generationsübergreifende Wohnformen“ um ein sehr wichtiges Thema handelt und knapp die andere Hälfte findet das Thema ebenfalls ziemlich wichtig – wenn auch nicht am wichtigsten. Und nur sehr kleine Gruppe ist der Meinung, das Thema nicht einschätzen zu können. Für weniger wichtig hält ebenfalls eine verschwindend kleine Zahl das Thema. Prinzipiell scheint es sich tatsächlich um ein Thema von Zukunftsrelevanz zu handeln, dem zunächst einmal eine große Offenheit und ein hohes Interesse entgegengebracht wird, auch von denjenigen, die sich bisher noch nicht speziell mit der Thematik vertraut gemacht haben und keine derartigen Projekte selbst kennen. Offenbar steht die tatsächliche Kenntnis eines Wohnprojekts also nicht direkt mit der Bewertung des Themas in Zusammenhang.

3.5 Kenntnis von alternativen Wohnprojekten

Auffällig ist hier, dass knapp die Hälfte aller Befragten selbst keine Projekte des generationenübergreifenden Wohnens kennt. Knapp die andere Hälfte gibt wiederum an, mindestens ein bzw. 2-5 Wohnprojekte zu kennen. Hinzu kommt eine sehr kleine, offenbar fachlich versierte Gruppe, die über mehr als fünf Praxiskontakte verfügt.

Doch auch diejenigen, die keine Projekte kennen, sind immer noch zu mindestens der Hälfte überzeugt, dass alternative Wohnformen ein wichtiges, oder ziemlich wichtiges Thema sind. Denn eine zahlenmäßig weitaus kleine Gruppe gibt hier an, keine Einschätzung machen zu können. Die Mehrzahl hält generationsübergreifende Wohnangebote für sehr wichtig oder – wenn auch nicht am wichtigsten – für ziemlich wichtig. Nur eine verschwind geringe Minderheit ist der Meinung, derartige Wohnformen und Projekte seien weniger wichtig auf der Agenda der Kommunalpolitik.

Welche Schlussfolgerung lässt sich also daraus ziehen? Offenbar handelt es sich um ein wichtiges Thema, welches in der Praxis aber nur einer „eingeweihten“ Gruppe von gezielt Interessierten oder Engagierten bekannt ist. Alter, Geschlecht oder geographische Herkunft sind hierbei – wie oben dargestellt - nicht ausschlaggebend.

3.6 Zugang zu Informationen

Interessant ist es an dieser Stelle zu fragen, welche Medien genutzt werden, um sich zu informieren? Werfen wir zunächst den Blick auf die grundsätzlichen Möglichkeiten des Informationserwerbs, so reicht das Spektrum vom Amtsblatt, über das Internet, Tageszeitungen, Infoblätter/Handzettel, umfasst Fachliteratur, Fernsehen, Radio, persönliche Gespräche, öffentliche Veranstaltungen und die ehrenamtlichen Wohnberater.

Auf die Frage, welche Medien die Befragten bei der Beschäftigung mit dem Thema als Informationsquellen herangezogen haben, so liegen Tageszeitungen, das Internet und persönliche Gespräche mit Abstand vorn. Dies deutet weniger auf eine zielgerichtete, fachliche Auseinandersetzung als auf einen gewissen Zufälligkeitsgrad und eine hohe Eigeninitiative und der kommunikative Charakter bei der Auseinandersetzung hin. Es zeigt sich also, dass ein aktiver Informationszugang gewählt wird. Dies spiegelt sich auch in der kommunikativen Rückmeldung auf die online Umfrage wieder.

Fachliteratur, Fernsehen und öffentliche Veranstaltungen sind dann eine zweite, wenn auch bereits seltener präferierte Herangehensweise und weniger genutzte Informationsquelle. Interessanter Weise werden die ehrenamtlichen Wohnberater, die speziell für diese Aufgabe ausgebildet sind, kaum in Betracht gezogen. Offenbar ist ihre Existenz (noch) nicht wirklich weitreichend bekannt oder kommt erst bei tatsächlich praxisorientierten Fragen ins Spiel. Auffällig, wenn auch nicht verwunderlich, ist auch, dass das Amtsblatt keinerlei Erwähnung findet. Dies lässt darauf schließen, dass bei den Befragten das Bewusstsein für eine direkte Rückbindung des Themas an die Politik mit ihren Entscheidungs- und Kommunikationsprozessen nicht vorhanden ist.

3.7 Relevante Akteure

Welche Akteure werden für die Etablierung und Weiterentwicklung des Themas als ausschlaggebend erachtet? Hier liegen die Kommunalverwaltung und Generationenprojekte/ bzw. Wohninitiativen weit vorne bei der Frage, in welcher Verantwortlichkeit alternative Wohnprojekte gesehen werden. Es handelt sich sozusagen um eine „Doppelspitze“. Diese Bewertung ist besonders für die praktische Ausgestaltung interessant, denn es stellt sich dann die Frage, wie eine gute Anschlussfähigkeit von ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichem Engagement an die regulären lokalen Politikprozessen gewährleistet werden kann. Als weitere Akteure wird in zweiter Runde der Wirtschaftssektor gesehen (die Bauwirtschaft, Architekten und Investoren), gefolgt von der Politik (Stadtrat, Landes- und Bundesministerien), dem Pflege- und Wohlfahrtsektor (kirchliche Einrichtungen und Altersheime). Das Schlusslicht bilden Jugendverbände oder

Krankenkassen. Nur eine sehr marginale Gruppe von Antwortenden sieht sich nicht in der Lage, eine Einschätzung hierzu abgeben.

Bei der Weiterentwicklung von innovativen Ansätzen macht dieses Ergebnis auf eine Lücke aufmerksam, die es sicherlich lohnt, in Zukunft näher auszuleuchten: die Verknüpfung von Jugendprojekten und Jugendverbandsarbeit - und das, weil genau hier eine qualitativ hervorragende, jahrelange Expertise im Hinblick auf die Förderung von Partizipation, ehrenamtlichem Engagement und sozialer Integration besteht, die nur für diesen speziellen Politikbereich kompatibel gemacht und für die Zielgruppe adaptiert werden müsste.

Was ebenso bemerkenswert und zukunftsweisend ist, dass die Antwortenden nicht in unilateralen Ansätzen denken, und die Verantwortlichkeiten einseitig nur einem Akteur zuschieben. Vielmehr werden neue Wohnprojekte als gemeinsame Aufgabe erachtet, bei der die Verantwortlichkeiten auf mehreren Schultern lasten und gleichermaßen politischen, wirtschaftliche wie gesellschaftliche Akteure in die Pflicht rufen.

3.8 Bekanntheitsgrad konkreter Anlaufstellen

Dennoch scheint es sich bei dieser multilateralen Betrachtung um ein eher theoretisches Wissen zu handeln, denn bei der Frage nach konkreten Beratungsmöglichkeiten für generationsübergreifende Wohnprojekte sind zwei Dritteln der Befragten keine Anlaufstellen bekannt. Diejenigen, die dennoch eine Anlaufstelle benennen können, haben in erster Linie eine kommunale Adresse vor Augen. Die Bundes- und Landesebene sowie andere Stellen werden in der Wahrnehmung eher ausgeblendet.

3.9 Optimierungsbedarf

Nicht nur bei der Information zeichnet sich ein deutlicher Verbesserungsbedarf ab. Dieser wird in erster Linie bei der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung und dem entsprechendem Engagement gesehen, in zweiter Linie dann bei der Ergreifung von politischen Initiativen, der Formulierung des politischen Willens sowie der Bereitstellung von finanziellen Ressourcen und von Beteiligungsmöglichkeiten für Projektinitiatoren, um bei der kommunalen Planung konstruktiv mitwirken zu können. Hinzu kommen weitere gesellschaftsrelevante Optimierungsbereiche wie die Entwicklung von Projektideen, um die Wohnformen mit Leben zu füllen, die Kooperationsbereitschaft des Immobiliensektors und eine breitere Berichterstattung in den Medien. Klare Kompetenzabsprachen für die Projektpartner und eine Verbesserung der Rechtslage wird nicht als vorrangig betrachtet. Und nur wenige Einzelpersonen können hier gar keine Vorstellung entwickeln.

3.10 Einschätzung der Förderpolitik

Bei der abschließenden Bewertung von alternativen und generationsübergreifenden Wohnformen, lässt sich aufgrund der Antworten folgendes Fazit ziehen, bzw. positiv gesprochen die folgende politische Agenda formulieren:

1. Eine Verstärkung des finanziellen Engagements,
2. eine bessere Verankerung und Etablierung der vorhandenen Projektideen
3. die Einrichtung von Netzwerken
4. mehr politische Unterstützung mit größerem politischen Nachdruck und
5. eine verbesserte Informationspolitik bzw. – angesichts der früheren Daten zunächst einmal die Etablierung einer solchen.

Dies liest sich fast wie ein „Fünf-Punkte-Plan“ von gleichgewichtigen Aufgaben, denn keiner Aufgabe wird durch die Teilnehmenden der Umfrage keine höhere Priorität zugeordnet. Mit Blick auf die Umsetzung ist diese Sichtweise interessant, da eher ein umfassender Ansatz mit breiter gesellschaftspolitischer Zustimmung gesehen wird.

4. Fazit: ein konstruktives Netzwerk im Generationendialog

Wenn auch vorrangige Ziel der Umfrage war, das öffentliche Interesse im Hinblick auf das Thema „Alternative Wohnformen – über Generationsgrenzen hinweg“ auszuloten, so ergeben sich aus den Antworten auch bereits konkrete Perspektiven Gesellschaft, die Politik und die Medien. Folgende drei Hauptergebnisse lassen sich für die **Etablierung eines solchen Netzwerks** festhalten:

1. im Hinblick auf die Gesellschaft:

Augenscheinlich gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Ansätze und engagierte Multiplikatoren, jedoch fehlt es an einem gezielten Fachaustausch. Wenn dieser folgenreich angelegt sein soll, dann muss er in eine lokalen längerfristigen Vernetzungsstrategie eingebunden werden.

2. im Hinblick auf die Politik:

Auch einer politischen Ausgangsinitiative (mancherorts geradezu musterhaft wie in Aachen und Arnsberg) muss ein Gesamtkonzept folgen, um tatsächlich der Tragweite des Themas und der vielfältig betroffenen Politikbereiche gerecht zu werden. Um wirklich Sinn zu machen und Wirksamkeit zu entfalten, muss dies von der lokalen bis zur Bundesebene in sich abgestimmt sein. Hierzu ist es notwendig, das Spektrum der verantwortlichen Akteure möglichst breit zu fächern und die unterschiedlichsten Fachressorts und Kompetenzebenen und über Generationsgrenzen hinweg einzubinden.

3. im Hinblick auf die Medien:

Das Thema „Alternative Wohnformen als konstruktive Antwort auf den demographischen Wandel“ ist bisher kaum über die Medien bekannt geworden – und dies obwohl es von öffentlicher, zukunftsweisender Relevanz ist und – wie die online Umfrage zeigen konnte - auf ein weitreichendes Interesse stößt – nicht nur bei den „üblich Verdächtigen und ohnehin Engagierten“. Aber auch hier ist eine langfristige Medienstrategie gefragt, die das Thema bewusst in die öffentliche Diskussion bringt und sich als Motor in ein solches Netzwerk aus Gesellschaft und Politik einbringt. Angesichts der rasant fortschreitenden Alterung unserer Gesellschaft ist es zunehmend wichtig, die kommunalen Zusammenhänge, in denen sich generationsübergreifende Arbeit bewegt, stärker zu verdeutlichen. Dazu gehört auch sichtbar zu machen, welchen Beitrag bestehende Projekte jetzt schon leisten und durch bewusst gelenkte Lernprozesse in Zukunft verstärkt leisten können.

**Den Generationendialog ernst nehmen heißt auch:
Fachexpertise aus der Jugendarbeit verstärkt einzubinden.**

Wie in so vielen Politikbereichen hat nachhaltige Beteiligung nicht nur mit den entsprechenden Strukturen, sondern insbesondere auch mit Kommunikation, Information und Bildung zu tun. Mitwirkung lebt vom Austausch. So ist also eine Zukunftsstrategie gefragt, die gesellschaftliche, politische und Medien-Akteure sinnvoll in längerfristige, lokal verankerte Netzwerke bringt, um einen solchen Austausch zu ermöglichen. Lokal verankert deshalb, um nicht an den realen Bedürfnisse vorbei zu agieren, Wohnen findet – so banal es klingen mag - immer „lokal“ vor Ort statt. Zukunftsziel ist es sicherlich, eine neue und integrative Wohnkultur zu etablieren, wobei ein gelungener Dialog der Generationen das Fundament hierfür ist. Ein Generationendialog, der sich vorrangig auf die älteren Generationen der 50-plus-Jährigen beschränkt, schöpft nicht wirklich die Potenziale unserer Gesellschaft aus und wirkt nicht wirklich nachhaltig integrativ in die Gesellschaft hinein. Daher sollten die Initiatoren von neuen Wohnformen verstärkt auch Verbündete in der Jugendarbeit und in Jugendinitiativen suchen und auf eine ressortübergreifende Zusammenarbeit mit der Jugendpolitik setzen.